



Der Händler darf keinen alten Schund verkaufen

Auf dem neuesten Stand

Davon muß ein Händler im Zweifelsfall immer ausgehen, stellte das Landgericht Köln in seinem Urteil fest.

Nur wenn auf dem ausgezeichneten Produkt ausdrücklich auf die alte Version hingewiesen wird, dann habe der Kunde wissentlich eine alte Version erworben. Ansonsten geht das Gericht von einer Beratungspflicht des Verkäufers aus. Er müsse den Kunden darauf hinweisen, daß bereits

eine neuere Version des Programms angeboten wird.

Die Rechtslage ist eindeutiger, wenn beim Verkaufsgespräch über die Software, nicht aber über die Version gesprochen wird. Das ist dann der Fall, wenn der Kunde vom Verkäufer oder aus der Verkaufsbroschüre nur erfährt, daß auf dem Rechner ein Programm installiert ist. In diesem Fall muß der Verkäufer dafür sorgen, daß der Kunde

die aktuellste Programmversion erhält, die zur Zeit auf dem Markt zu finden ist.

Bekommt der Kunde in diesem Fall aber eine alte Version angedreht, dann hat er drei Möglichkeiten: Er kann vom Verkäufer ein kostenloses Update verlangen, eine Minderung des Kaufpreises beantragen oder ganz vom Vertrag zurücktreten.

Urteil des Landgerichtes Köln (AZ 20 S 10/93)

Wenn auf dem Markt zwei Programmversionen gleichzeitig im Umlauf sind, dann möchte der Kunde die neueste Version haben.

Lizenzverträge und ihre Vorschriften

Zum Update verdonnert

Die Lizenzbestimmungen einiger Online-Programme enthalten folgende Klausel: „Der Lizenznehmer verpflichtet sich zur Übernahme aller Updates, die vom Hersteller zur Verfügung gestellt werden.“ Meistens muß sich der Käufer das Update-Programm aus einer Mailbox laden. Es handelt sich also um eine Bestimmung, die beim Käufer Telefonkosten verursacht. Genau das ist der Haken an der Vereinbarung.

Ist diese Verpflichtung des Käufers nun rechtmäßig? Nein. Der Verkäufer darf niemanden durch einen Lizenzvertrag verpflichten, mehr zu kaufen oder abzunehmen. Dies gilt vor allem, wenn zusätzliche Kosten zu befürchten sind.

Schon die Verpflichtung, auf eigene Kosten die Updates zu besorgen, verstößt gegen das Gesetz für Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB). Sie ist damit nichtig. Dem Käufer stehen die Gewährleistungsrechte immer unentgeltlich zur Verfügung. Der Verkäufer darf sie während der Gewährleistungszeit nicht berechnen. Der Käufer muß sich also,



Markus Pillok,
Kölner Rechtsanwalt

rechtlich gesehen, nicht verpflichtet fühlen, diese Lizenzvereinbarung einzuhalten. Der Anwender kann demnach die erworbene Software nutzen, ohne sich dabei Gedanken zu machen, ob er den Lizenzvertrag verletzt.

Zudem bestehen auch deshalb juristische Bedenken, weil der Kunde zu etwas verpflichtet wird. Das gilt für die gesamte Zeit, in der er diese Software einsetzt. Die Klausel im Lizenzvertrag geht sogar so weit, daß der Verkäufer den Käufer verpflichtet, dieses „Geschenk“ anzunehmen.

Was bewegt den Hersteller zu seiner Spendierlaune? Vor

die Verpflichtung schreibt der Hersteller, daß mit dem Update reproduzierbare Fehler behoben werden.

Die Formulierung weist auf eines hin: Die Sache hängt mit den Ansprüchen aus der Gewährleistung zusammen. Mit der Verbindung zwischen der Fehlerbehebung und der Verpflichtung zur Abnahme der Updates zieht sich der Verkäufer elegant aus der Affäre.

Er bürdet dem Käufer auf Umwegen die Verpflichtung auf, die Mängelbeseitigung selbst vorzunehmen. So soll verhindert werden, daß der Kunde wegen Software-Mängeln Rechte geltend macht, die ihm gesetzlich zustehen.

Gegen diese Art der Fehlerbeseitigung ist nichts einzuwenden. Aber das Update-Angebot bedeutet nicht, daß der Kunde zur Annahme verpflichtet ist. Gegen diese Klausel sprechen Bedenken aufgrund des Gesetzes über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Hiernach können gesetzliche Gewährleistungsrechte auch durch das Update nicht verkürzt werden. Dem Käufer wird im Falle eines

Mangels auch nicht vorzuhalten sein, er hätte den möglicherweise vorliegenden Fehler und die hieraus entstandenen Probleme durch die Nutzung der Updates verhindern können. Ein wirksame Verpflichtung besteht nämlich nicht. Der Hersteller kann also kein Recht aus seiner Verpflichtung ableiten.

Dieser Teil der Lizenzbestimmungen sollte so verstanden werden, wie er rechtlich Bestand hat. Er ist nur ein Angebot mit dem Ziel, Fehler einfach zu beseitigen. Manch ein Software-Hersteller würde sein Ansehen heben, wenn er einen solchen Service einrichtete. Denn wer ein unausgereiftes Produkt für marktreif erklärt, sollte die Kosten der Fehlerbeseitigung tragen.

Markus Pillok (pm) □



Ältere Artikel zum Thema können Sie in den elektronischen

Diensten der CHIP abrufen.
Internet: <http://www.chip.de>
AOL: CHIP Online
CompuServe: Go CHIP
Fax-Abfragedienst: Tel. (0190) 51 15 36
1,20 Mark/min.